

## Rezensionen

**Brichzin, Jenni: Politische Arbeit in Parlamenten. Eine ethnografische Studie zur kulturellen Produktion im politischen Feld, Nomos, Baden-Baden 2016, 313 S., ISBN 978-3-8487-3307-1, € 59.**

Mit der Arbeit von J. Brichzin ist eine lesenswerte Schrift vorzustellen. Die Münchner Dissertation zielt direkt auf das politische Handeln, auf das, was Politiker tun, auf die konkrete Tätigkeit der politischen Akteure. Sie unterscheidet sich damit von vielen anderen der Politik gewidmeten Studien, die den institutionellen und sozialen Rahmenbedingungen gelten, in denen Politik gemacht wird und die auf die Politik Einfluss haben.

Die Antwort auf die Frage, was Politiker tun, suchte die Autorin durch eine ethnografische Studie zu gewinnen. Sie begleitete Volksvertreter der kommunalen Ebene und der Landes- und Bundesebene bei ihrer Tätigkeit in den Räten und Parlamenten, sowohl in Plenarsitzungen als auch in Fraktions- und Ausschusssitzungen, aber auch in Gesprächen im Mitarbeiterkreis oder mit Vertretern der Exekutive. Aus dieser Erfahrung entsteht eine dichte Beschreibung dessen, was Politiker tun und wie sie agieren. Prägnante Einzelszenen werden im Beobachtungsprotokoll wiedergegeben und interpretierend ausgewertet. Das lässt ein lebhaftes und vor allen Dingen wirklichkeitsnahes Bild des politischen Geschehens entstehen.

Theoretisch ist die Arbeit inspiriert von den Arbeiten P. Bourdieus. Politik wird verstanden als Praxis kultureller Produktion. Dem liegt zugrunde eine sozialkonstruktivistische Sicht, wonach das, was als Wirklichkeit genommen wird, immer eine symbolische Repräsentation darstellt, die auch anders ausfallen kann. Politische Arbeit im Parlament wird demgemäß verstanden als gerichtete Einflussnahme auf symbolische Ordnungen, um damit den Status quo verändern zu können. Dies umfasst zunächst, einen Zustand überhaupt als Problem zu bewerten, sodann die Suche nach alternativen Gestaltungsmöglichkeiten. Eine zweite theoretische Inspiration empfängt die Verfasserin von Hannah Arendts Politikbegriff, dem wesentlich die Erkenntnis eines Pluralismus der Weltansichten zugrunde liegt, die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung kann dann gerade aus der Vielfalt der Sichtweisen heraus Impulse empfangen.

Die vorgestellten Szenen dienen dazu, einzelne Facetten der politischen Tätigkeit vorzustellen und einen konzeptionellen Apparat einzuführen. Parlamentarische Tätigkeit wird dabei als „Arbeit“ ver-

standen, damit soll zum einen das Moment von Mühe und Anstrengung bezeichnet werden, zum anderen die Produktivität: Das Ziel der politischen Arbeit liege im Hervorbringen von Ideen, von Gestaltungsmöglichkeiten. Als Gegenstand der Politik werden Themen identifiziert, die unterschiedlich kategorisiert werden. Als Eckpunkte eines Kontinuums dienen dabei sogenannte *Resonanzthemen* und *Marginalthemen*. Auch hier wird hervorgehoben, dass diese Einordnung eine Konstruktion der beteiligten Akteure darstellt und nicht den Dingen selbst anhaftet.

Die parlamentarische Arbeit wird unterschieden nach drei Modi: dem *politischen Spiel*, damit ist das bekannte Schlechtmachen des politischen Gegners und das Hervorheben der Vorteilhaftigkeit der eigenen Position gemeint. Die wechselseitige Positivierung und Negativierung kennzeichne also das parteipolitische Spiel; ein weiterer Modus wird als *Themenabfertigung* gekennzeichnet. Hierbei geht es darum, aus der Überfülle der Themen marginale auszuwählen und schnell abzuhandeln. Im Gegensatz zur Kontroversität des politischen Spiels werde hier sehr häufig im Konsens vorgegangen. Als dritter Modus wird die *politische Gestaltung* genannt, darunter wird verstanden, neue Deutungen zu schaffen, um so die gesellschaftliche Wirklichkeit zu beeinflussen. Dass diese drei Modi tatsächlich mehr oder weniger ineinander greifen, sie also analytischen Charakter haben, ist selbstverständlich, sie bleiben aber doch insofern geschieden, als sie sinnvolle Beoberkungskategorien darstellen, um den Wechsel zwischen den Modi sichtbar zu machen.

Weiter wird das parlamentarische Geschehen auf unterschiedliche *Kontexte* bezogen, auf die Kollegialität aller Volksvertreter, auf die Fraktion, auf das Konkurrenzverhältnis auch zwischen den Mitgliedern einer Fraktion und nicht zuletzt auf das Verhältnis zur außerparlamentarischen Außenwelt. Hier wird Beachtliches zur Perspektivendifferenz zwischen parlamentarischer Arbeit und alltäglicher Praxis vorgebracht, was als Erklärung für den schlechten Ruf, den die Politik weithin genießt, herangezogen wird. Als Ergebnis der politischen Arbeit wird *Evidenz* herausgestellt. Damit ist eine unvermittelte Einsichtsfähigkeit einer vorgeschlagenen Lösung gemeint. Eine neue Sichtweise soll die symbolische Vergegenwärtigung der Welt beeinflussen.

Das Buch ist in seinem Zugriff originell und die Lektüre lohnt wegen der Einblicke in die politische Realität. Es ist in dieser Hinsicht aber gleich wahr mit H. Schönes „Alltag im Parlament“. Der Jurist als Rezensent stört sich etwas daran, dass auch die kommu-

nenalen Räte als „Parlamente“ bezeichnet werden; unabhängig von dogmatischer Einordnung gehen mit dieser einheitlichen Bezeichnung wichtige Unterschiede verloren, so des Gestaltungsspielraums (kommunale Vertretungen sind an die Gesetze gebunden) und des Verhältnisses zur Exekutive. Die Bezugnahme auf die Bourdieuschen Konzepte ist offenbar für die Autorin fruchtbar gewesen, der Abstand zwischen hochabstrakter Begrifflichkeit und konkreter Beobachtung bleibt aber erheblich. Wenn das konkrete Ergebnis eines politischen Entscheidungsprozesses als „Überformung der symbolischen Ordnung durch kulturelle Produktionen“ bezeichnet wird, ist der Mehrwert fraglich. Auch wenn viele der Einsichten in die politische Arbeit nicht neu sind, so werden sie doch überzeugend und gewinnbringend vorgestellt.

*Prof. Dr. Martin Morlok*

**Erbentraut, Philipp: Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815–1848, Mohr Siebeck, Tübingen 2016, 391 S., ISBN 978-3-16-154485-9, € 59.**

Das Grundgesetz mit seinem Artikel über die politischen Parteien stammt von 1949, dem war die italienische Verfassung von 1947 mit ihrem Artikel 49 vorangegangen, eine intensivere Diskussion über die Parteien, ja über „Parteienstaatlichkeit“ gab es bekanntlich in der Weimarer Zeit; auch die parteipolitische Geprägtheit der politischen Auseinandersetzungen im Kaiserreich nach 1871 (und vorher in Preußen) ist wohlbekannt. Aber Parteien, gar Parteientheorie im deutschen Vormärz? Hier wurde bislang weithin vertreten, es habe in jener Zeit keine Parteien gegeben, jedenfalls nicht im gegenwärtigen Sinne organisierter politischer Gruppierungen, sondern allenfalls als Gesinnungsgemeinschaften. Dementsprechend habe es auch keine Parteientheorie gegeben, allenfalls habe ein deutlicher Anti-Parteien-Affekt geherrscht. Hiergegen wendet sich Erbentraut überzeugend. Seine als Dissertation an der Düsseldorfer Philosophischen Fakultät entstandene Arbeit hat das Bild des Vormärz in dieser Hinsicht gründlich verändert.

Die neue Sicht verdankt sich einem intensiven und vor allen Dingen breiten Studium der literarischen Quellen aus der Zeit von 1815-1848, mehr als 250 Texte wurden ausgewertet. Für den neuen Befund wesentlich scheint die Heranziehung nicht nur einer kleinen Zahl bekannter klassischer Autoren zu sein, sondern einer großen Zahl von Autoren, die wir heute nicht mehr in der ersten Reihe sehen, die aber für ihre Zeit durchaus repräsentativ waren. Die Erkenntnis, dass

die Signatur einer Zeit am besten aus mittelmäßigen Autoren erschlossen werden könne, hat sich hier ein weiteres Mal bestätigt. Aber auch die Hegel-Lektüre Erbentrauts führt ihn zu einer anderen Sicht auf dessen Einschätzung der Bedeutung der Parteien, er sieht Hegel als einen „kritischen Freund der Parteien“. Auch in dieser Hinsicht bringt die Dissertation Neues.

Die minutiös aus den Quellen gearbeitete Studie zielt diese laufend und macht damit ihre Deutung nachvollziehbar. Ob hin und wieder die Quellen überinterpretiert werden im Sinne der Linie des Autors, die bemerkenswerte Modernität der damaligen Diskussion zu belegen, vermag der Rezensent mangels Lektüre dieser Quellen nicht zu beurteilen, Anlass für einen stärkeren Verdacht in dieser Richtung sieht er aber keinen.

Das Material wird aufbereitet unter Anleitung der heutigen Parteientheorie. Grundsätzlich wird den seinerzeitigen Diskussionen über die Parteien in drei Dimensionen nachgegangen: den Funktionen der Parteien, der Rechtfertigung des politischen Prozesses als eines Wettbewerbs und schließlich der Eigenschaften der Parteien als Organisationen. Auf dieser Grundlage wird ein ausgearbeitetes Analyseraster entworfen, mit dessen Hilfe das Material befragt wird. Hier geht es dann also um die den Parteien zugeschriebenen Aufgaben, um ihre Rolle in den Parlamenten, die Bedeutung der Fraktionen und auch die Bindung oder die Freiheit der Abgeordneten. Intensiv wird die damals bereits deutlich sichtbare Konzeption eines prozeduralen Gemeinwohlverständnisses herausgearbeitet, und zwar in Abgrenzung von älteren Vorstellungen. Die institutionellen Rahmenbedingungen werden ebenso in den Blick genommen wie das Parteiensystem und der Charakter der Parteien als Organisationen, was einzelne Aspekte der Binnenstruktur mit einschließt, so Aufbau der Organisation, Mitgliederrechte und -pflichten, aber auch die Frage der Motivation zur Parteimitgliedschaft, auch Fragen wie die nach der innerparteilichen Demokratie wurden ausweislich Erbentrauts Untersuchung damals erörtert, selbst der Parteiausschluss war ein Thema.

Insgesamt nimmt der Leser mit Erstaunen und auch mit Bewunderung zur Kenntnis, wie intensiv, aber auch wie differenziert die Diskussion über die politischen Parteien und ihre Rolle in der Politik bereits damals geführt wurde. Die These vom dominierenden Anti-Parteien-Affekt in jener Zeit wird überzeugend widerlegt. Die verschiedenen einzelnen thematischen Kreise können hier nicht im Detail dargestellt werden, immerhin sollen zwei Diskussionszusammenhänge erwähnt werden.